

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis bei halbjährlicher Bezahlung
für das monatlich RM. 2.50, durch Postsendung
RM. 2.80, einschließlich 25 Pf. Postgeb. (ohne
Postgebührenzuschlag) bei halbjährlicher Bezahlung
RM. 5.00, bei vierteljährlicher Bezahlung
RM. 12.00, bei monatlicher Bezahlung
RM. 12.00, bei vierteljährlicher Bezahlung
RM. 12.00, bei monatlicher Bezahlung

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. I., Marten-
straße 35/32. Fernruf 25261. Postfachkonto 1068 Dresden
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der
Amtshauptmannschaft Dresden und des Polizeiamtes beim
Oberverwaltungsamt Dresden

Verlagsstelle: Dresden, Brühl Nr. 7: 1000000000
1000000000 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Sachsen belagern sudetendeutsches Dorf

Die Polizei ist machtlos - Militär angefordert

Trautenau, 30. August.
Unerhörte Vorfälle, die abermals ein großes Schlaglicht auf die tschechischen Terrormethoden werfen, spielten sich seit Sonntag in dem sudetendeutschen Gabelsdorf bei Trautenau ab.
Am Sonntagabend drangen landfremde tschechische Arbeiter, die in der Nähe bei militärischen Beschäftigungsarbeiten beschäftigt sind, in das Gasthaus Stump, dessen Inhaber Direktor der SDP ist, ein und zerstörten die Gasthausrichtung. Am Montag kamen die Tschechen wieder, zerstörten die Fensterheben des Gasthauses und begannen mit einer regelrechten Belagerung des ganzen Dorfes. Sie stellten sich in den Straßen des Ortes auf und ließen niemanden durch.
Die Gendarmerie war zu schwach, um die Ausschreitungen verhindern zu können, sie forderte daher militärische Hilfe an. Die Feuerwehrt wurde alarmiert und ging mit Wasser gegen die tschechischen Terroristen vor. Dies war jedoch der Gendarmerie wiederum nicht recht, sie unterlagte die weitere Tätigkeit der Feuerwehrt mit dem Hinweis, daß dadurch „die Tschechen nur noch mehr gereizt würden“. Erst kurz vor Mitternacht zum Dienstag verließen die Tschechen den Ort unter wüsten Schimpfen

relen und Beschimpfungen der Sudetendeutschen. Das von der Gendarmerie angeforderte Militär ist zur Zeit noch nicht eingetroffen.
Als Opfer des Tschechen-Terrors sind in Gabelsdorf unter anderem auch zwei durch Messerstiche schwer verletzte Sudetendeutsche zu beklagen. Der Bevölkerung hat sich eine verhängnisvolle starke Erregung bemächtigt, zumal damit gerechnet werden muß, daß die Tschechen auch noch an den folgenden Tagen ihre Terroraktionen fortsetzen werden.
Zur Zeit hat die Gendarmerie, die im übrigen den tschechischen Terroraktionen nicht gewachsen ist, die Jungmänner der Ortschaft Gabelsdorf befehligt. Der Abgeordnete Kellner hat sich sofort mit den zuständigen tschechischen Stellen in Verbindung gesetzt und mit dem Büro Runciman gesprochen.

„Ruhe und Ordnung“ auf tschechisch

Am vergangenen Freitag hatte die Sudetendeutsche Partei ihre Mitglieder von dem ihnen bis dahin auferlegten Verbot, sich bei tschechischen Angriffen auf ihr Leben und Eigentum zur Wehr zu setzen, entbunden; die Sudetendeutschen nahmen sich ihr Recht zur Notwehr. Wenige Stunden nach dem dieser parteiamtliche Erlaß bekanntgegeben worden war, ließ die Prager Regierung durch den „tschechischen“ Senatsrat eine Erklärung verbreiten, in der sie die fälschliche Behauptung aufstellte, daß der Schritt der SDP „jedem ernstesten Grundgesetz entbehrlich“. Gleichzeitige kündigte sie an, daß jeder, der von dem ihm doch auch juristisch zustehenden Rechte der Notwehr Gebrauch macht, „an dem strengen und energischen Vorgehen des Staates“ seinen Sicherheitsdienstes „weiter“ werde.
Und zum Schluß stellte die Regierungserklärung fest: „Die Ruhe und Ordnung in der Republik werden durch die verantwortlichen Organe des Staates tschechischen Sicherheitsdienstes aufrechterhalten.“

Neuer deutscher Protest in Prag

Prag, 30. August.
Der deutsche Gesandtschaftsträger in Prag hat wegen der erneuten unerhörten Beschimpfungen des in Mährisch-Strakonitz erscheinenden Heftblattes „Moravskobleski Denik“ über die alte deutsche Armee einen weiteren Protestschreiben bei der tschechischen Regierung unterzogen.

Der tschechische Mob, der lebt in einer zweifelhafte Verlagerung ein kleines sudetendeutsches Dorf bei Trautenau am Fuße des Riesengebirges in Sachsen, hat völlig im Sinne dieser amtlichen Prager Regierungserklärung gehandelt. Und die Polizei, die angeblich für „Ruhe und Ordnung“ sorgt, ließ die tschechischen Terroristen nicht nur gewähren, sondern hinderte die Sudetendeutschen sogar, sich ihrer Haut zu wehren. Die Entschuldigung: „die Tschechen könnten nur noch mehr gereizt werden“, ist geradezu kennzeichnend für die Haltung der tschechischen Staatspolizei; auf deutsch heißt das: die Tschechen dürfen sich alles erlauben. Wenn aber die Sudetendeutschen von landfremdem Tschechengesindel bis aufs Blut gequält werden, so tut das nichts zur Sache. Die Sudetendeutschen haben „Luth“ zu machen! So sieht die „Gleichberechtigung“ der Nationalitäten in der „Zweiten Schweiz“, der Tschecho-Slowakei aus!

Man muß hoffen, daß Lord Runciman, der von den neuen Zwischenfällen sofort verständigt wurde und dem wohl auch die jüngsten Schmutzbelagerungen des „Moravskobleski Denik“ nicht unbekannt geblieben sind, seine Londoner Auftraggeber über diese Ereignisse läckenlos in Kenntnis setzt. Dann müßte sich allmählich auch in London herum-sprechen, wer denn nun eigentlich in der Tschecho-Slowakei und in Europa den Frieden lört.

Schwechisches Blatt fordert Verhaftung Konrad Henleins

London wünscht endlich Klarheit über die Prager Absichten - Große Ministerbesprechung
London, 30. August.
Am Dienstag vormittag 11 Uhr begann in Downingstreet Nr. 10 eine Ministerbesprechung, bei der es sich, wie von amtlicher Seite betont wird, nicht um eine formale Kabinettsitzung handelt. An der Besprechung nahmen die in London weilenden Kabinettsmitglieder sowie der britische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson, teil.
Die starke Anteilnahme des Publikums zeigt sich darin, daß sich eine große Menschenmenge vor Downingstreet Nr. 10 angesammelt hat, die durch Polizei zurückgehalten wird.
In den Beratungen, die am Montag in London stattfanden, schreibt die „Times“, daß die Gerüchte grundlos seien, nach denen Sir Neville Henderson sofort nach Berlin zurückkehren werde. Vielleicht werde es sich als notwendig herausstellen, daß er noch einige Tage in London bleibe. Es habe sich nichts ereignet, was die von Sir John Simon am Sonntagabend geäußerte englische Regierungsdank hat ändern können. Die tschechische Regierung habe einer neuen Verhandlungsbasis zugestimmt und damit einen „verhältnismäßig“ gezeigt, der hoffentlich, wie die „Times“ hinaus-spricht, von sudetendeutscher Seite mit Entgegenkommen (!) beantwortet werden würde.
Der Berliner Korrespondent der „Times“, der sich ebenfalls ausführlich mit dem Fragenkomplex beschäftigt, meint, daß, welche neuen Vorschläge auch während der nächsten Tage machen möge, sie doch wenig Aussicht hätten, Berlin zu gefallen. Der Prager Bericht der „Times“

ist besonders darauf abgestellt, die jüngsten Zwischenfälle und Überfälle auf Sudetendeutsche zu bagatellisieren.
Zu diesen englischen Darstellungen über den angeblichen guten Willen Prags paßt vorzüglich die Tatsache, daß das tschechische Blatt „Libove Noviny“, das maßgebenden tschechischen Kreisen nahesteht, die Regierung auffordert, die innenpolitische Situation dadurch zu klären, daß gegen Konrad Henlein ein Haftbefehl erlassen wird.

„Man hat ungeheuerliche Fehler gemacht!“

Ermahnungen Lord Londonderrys zur Beachtung der deutschen Friedenspolitik

London, 30. August.
Lord Londonderry setzt sich in der liberalen „Sunday Chronicle“ für den Abschluß eines Aufspartes unter den Großmächten Europas ein, wo er betont, daß wohl englischerseits alles in der Vergangenheit getan worden sei, um einen internationalen Pakt zur Beschränkung und Regulierung des künftigen Krieges herbeizuführen. Leider Gottes aber habe man vor Jahren die unkluge Haltung eingenommen, von den Deutschen erst einmal eine „Probepartei“ zu verlangen, bevor man ihnen das Recht zugesiehe, ebenbürtige Partner in einem Rüstungsbeschränkungsabkommen zu werden. Die Deutschen seien damals völlig abgerüstet und ganz in der Gnade der Großmächte ausgeliefert gewesen. Auch in

Wenig hätten sie keine Gleichberechtigung erhalten können. Hätte man ihnen das damals zugestanden, so würde das sehr wichtig und nützlich für die künftigen Ereignisse gewesen sein. Dann sei Adolf Hitler an die Macht gekommen, und er habe den Stand der Dinge in Deutschland von Grund auf geändert.
Der Führer habe das Volk aus dem Zustand der Verarmung zu einer sich selbst achtenden Nation gemacht und den Vertrag von Versailles für Deutschlands Wiederaufrüstung gebrochen. Wohl sei dadurch die ganze Lage verändert worden, aber auch dann habe man noch ungeheuerliche Fehler gemacht. Adolf Hitler habe ebensolche Vorschläge gegenüber England dahingehend gemacht, daß Deutschland nicht mehr als 33 Prozent in Parität mit der englischen Flotte haben solle. Das sei eine deutliche Rundgebung der Versöhnung mit der britischen Politik der Abrüstung gewesen. Es klinge aber fast ungläublich, daß dieser Vorschlag von der britischen Regierung nur murrend angenommen worden sei, und daß man Frankreichs seit nicht die geringste Befriedigung zum Ausdruck gebracht habe. Die weiteren Vorschläge zur Begrenzung der Rüstungen zur Luft, die Adolf Hitler vorgebracht habe, zeigten genau die Richtlinien an, nach denen Hitler arbeite.

Eine neue GPU-Mordtat

Warschau, 30. August.
Eine furchtbare Mordtat ließen sich in Polen die Agenten Russlands zuschulden kommen. Ein gewisser Rosental, der früher in den Diensten der Komintern stand, hatte nach Ableistung einer langen Freiheitsstrafe beschlossen, sich aus der Arbeit für die kommunistische Partei zurück-zuziehen. Während einer nächtlichen Eisenbahnreise ist er nun in seinem Abteil, in dem er allein saß, überfallen, ermordet und aus dem fahrenden Zuge geworfen worden. Die Polizei versucht jetzt der kommunistischen Verbrecher habhaft zu werden.

Wieder ein Todesurteil in Palästina

Jerusalem, 30. August.
Das Militärgericht in Datta verurteilte wieder einen Araber zum Tode, der vor kurzem bei den Arabern im Narmelastrieg zwischen arabischen Freischärlern und englischen Truppen in Gefangenschaft geraten war.



Kaufmannsarbeiten in den Straßen von Chemnitz nach dem schweren, mit Wolkenbrüchen und Lufthürnen verbundenen Gewitter am Montagabend

Arch. Joachim Schöner

enhaus
Richter
Erwachsen
von Helene
Korfbach
Richter
Hörmann
Brand
Schubert
Albin
Lambert
Rosenhauer
Weilhammer
Strenz
Baschang
11 Uhr
Erwachsen
Theater
Mittags-Revue
schönen
auen Donau
von R. Weyß
J. Knallitsch
r. Ign. Brandt
Theodor Peyrl
Inhof
Sandner
Niederer
Wawra
Sandner
Marschik
schönen blauen
omms
Gefährdet
und. Verant
wezt; die Kund
u; die Votalei
ermittlichen Teil
i. G.; Dr. Willig
die Bilderei; mensu
entstehet; mensu
n. v. z. Henschel in
idanti, Dresden,
en Kaiserreich auf
Wergensangebe
mit am 11. G.